

**Landesgesetz
zur Anpassung der Besoldung
und Versorgung 2024/2025
(LBVAnpG 2024/2025)
Vom 30. April 2024**

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1
Sonderzahlungen zur Abmilderung
der gestiegenen Verbraucherpreise
(Inflationsausgleichszahlungen)**

(1) Zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise wird den Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern sowie Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren eine einmalige Sonderzahlung (Inflationsausgleichs-Einmalzahlung) gewährt. Die Höhe der Sonderzahlung beträgt 1 800 EUR. Für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf sowie für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis gilt Satz 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Sonderzahlung 1 000 EUR beträgt. Die Sonderzahlung wird nur gewährt, wenn

1. die in den Sätzen 1 und 3 genannten Personen am 9. Dezember 2023 unter den Geltungsbereich des Landesbesoldungsgesetzes oder der Landesverordnung über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare fallen,
2. das Dienst- oder Ausbildungsverhältnis am 9. Dezember 2023 besteht und
3. in der Zeit vom 1. August 2023 bis einschließlich zum 9. Dezember 2023 an mindestens einem Tag Anspruch auf Dienstbezüge, Anwärterbezüge oder Unterhaltsbeihilfen bestanden hat.

(2) Zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise werden den Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern sowie Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren ferner für die Monate Januar 2024 bis Oktober 2024 monatliche Sonderzahlungen (Inflationsausgleichs-Monatszahlungen) gewährt. Die Höhe beträgt jeweils 120 EUR; § 4 Abs. 3 und 4 des Landesbesoldungsgesetzes finden keine Anwendung. Für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf sowie für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis gilt Satz 2 mit der Maßgabe, dass die monatlichen Sonderzahlungen jeweils 50 EUR betragen. Die jeweilige monatliche Sonderzahlung wird nur gewährt, wenn an mindestens einem Tag in dem jeweiligen Kalendermonat

1. die in den Sätzen 1 und 3 genannten Personen unter den Geltungsbereich des Landesbesoldungsgesetzes oder der Landesverordnung über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare fallen,
2. das Dienst- oder Ausbildungsverhältnis besteht und
3. Anspruch auf Dienstbezüge, Anwärterbezüge oder Unterhaltsbeihilfen besteht.

(3) § 9 Abs. 1 des Landesbesoldungsgesetzes findet entsprechende Anwendung. Maßgebend sind jeweils

1. für die einmalige Sonderzahlung nach Absatz 1 die Verhältnisse am 9. Dezember 2023; bei Beurlaubung oder

Elternzeit ohne Anspruch auf Dienstbezüge, Anwärterbezüge oder Unterhaltsbeihilfen am 9. Dezember 2023 sind die Verhältnisse am Tag vor Beginn der Beurlaubung oder Elternzeit maßgebend,

2. für die monatlichen Sonderzahlungen nach Absatz 2 die jeweiligen Verhältnisse am ersten Tag des jeweiligen Kalendermonats; bei Beurlaubung oder Elternzeit ohne Anspruch auf Dienstbezüge, Anwärterbezüge oder Unterhaltsbeihilfen am ersten Tag des jeweiligen Kalendermonats sind die Verhältnisse am Tag vor Beginn der Beurlaubung oder Elternzeit maßgebend. Bei erstmaliger Begründung eines Dienst- oder Ausbildungsverhältnisses im Laufe des Kalendermonats sind ausnahmsweise die jeweiligen Verhältnisse am Tag der Begründung maßgebend.

(4) Die Sonderzahlungen werden jeder oder jedem Berechtigten nur einmal gewährt; bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 14 des Landesbesoldungsgesetzes entsprechend. Stehen vergleichbare Leistungen zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Verbraucherpreise aus einem Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst bei dem gleichen Dienstherrn zu, werden diese auf die Sonderzahlungen nach den Absätzen 1 und 2 vollständig angerechnet. Die Sonderzahlungen bleiben bei sonstigen Besoldungsleistungen unberücksichtigt.

(5) Zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Verbraucherpreise wird den am 9. Dezember 2023 vorhandenen Empfängerinnen und Empfängern von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes (LBeamtVG) im Geltungsbereich des § 1 Abs. 1 Satz 1 LBeamtVG eine einmalige Sonderzahlung (Inflationsausgleichs-Einmalzahlung) gewährt, die sich nach dem jeweils maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengelds sowie des Unterhaltsbeitrags aus dem Betrag von 1 800 EUR ergibt. Bei Empfängerinnen und Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz.

(6) Zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Verbraucherpreise werden Empfängerinnen und Empfängern von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes (LBeamtVG) im Geltungsbereich des § 1 Abs. 1 Satz 1 LBeamtVG für die Monate Januar 2024 bis Oktober 2024 monatliche Sonderzahlungen (Inflationsausgleichs-Monatszahlungen) neben ihren Versorgungsbezügen gewährt. Die jeweilige monatliche Sonderzahlung wird in der Höhe gewährt, die sich nach dem jeweils maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengelds sowie des Unterhaltsbeitrags aus dem Betrag von 120 EUR ergibt; Absatz 5 Satz 2 gilt entsprechend.

(7) Die Sonderzahlungen werden den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern jeweils nur einmal gewährt. Beim Zusammentreffen mit entsprechenden Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst bei dem gleichen Dienstherrn werden die Sonderzahlungen mit der Maßgabe gewährt, dass

1. der Anspruch aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis auf den Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfänger angerechnet wird,
2. beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Hinterbliebenenversorgung sich die Sonderzahlungen nach dem Ruhegehalt bemessen und neben dem Ruhegehalt gewährt werden sowie
3. im Übrigen der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfänger dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfänger vorgeht.

(8) Die Sonderzahlungen gelten nicht als Teil des Ruhegehalts und bleiben bei der Anwendung von Ruhens-, Anrechnungs- und Kürzungsvorschriften sowie bei Vorschriften über die anteilige Kürzung außer Betracht.

Artikel 2

Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge für das Jahr 2024

(1) Die in den Anlagen 6 bis 11 des Landesbesoldungsgesetzes vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 157 -158-), zuletzt geändert durch Artikel 4 dieses Gesetzes, BS 2032-1, ausgewiesenen Beträge werden wie folgt geändert:

1. um 200 EUR werden ab dem 1. November 2024 erhöht
 - a) die Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen A, B, W, R und C (kw),
 - b) die Beträge der Grundgehaltsspannen der Anlage 11;
2. um 4,76 v. H. werden ab dem 1. November 2024 erhöht
 - a) der Mindestbetrag nach § 37 Abs. 1 Satz 3 des Landesbesoldungsgesetzes,
 - b) der Familienzuschlag, mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5 der Landesbesoldungsordnung A sowie des Betrags nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind und der dazugehörigen mietenstufenabhängigen Aufstockungsbeträge,
 - c) die Amtszulagen, die in den Fußnoten zu Ämtern der Landesbesoldungsordnungen A, B und R ausgebracht sind,
 - d) die Allgemeine Zulage nach Nummer 12 der Vorbemerkungen zu den Landesbesoldungsordnungen A und B sowie nach Nummer 2 der Vorbemerkungen zu der Landesbesoldungsordnung C (kw);
3. um 100 EUR werden ab dem 1. November 2024 die Anwärtergrundbeträge erhöht.

(2) Die Erhöhung nach

1. Absatz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für die Grundgehaltssätze
 - a) fortgeltender Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
 - c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Landesbesoldungsordnung A,
2. Absatz 1 Nr. 2 gilt entsprechend für
 - a) Amtszulagen in Überleitungsvorschriften oder in Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
 - b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungs-

ordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,

- c) in festen Beträgen ausgewiesene Zuschüsse zum Grundgehalt nach § 67 Abs. 4 des Landesbesoldungsgesetzes,
- d) Leistungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Landesbesoldungsordnung W, soweit diese Bezüge nach § 38 des Landesbesoldungsgesetzes an regelmäßigen Besoldungsanpassungen teilnehmen.

(3) Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gelten die Erhöhungen nach den Absätzen 1 und 2 für die dort angeführten Besoldungsbestandteile, sofern diese Grundlage der Versorgung sind, und andere versorgungswirksame Bezügebestandteile, soweit für diese die Teilnahme an den regelmäßigen Bezügeanpassungen nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist, entsprechend.

(4) Ist der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten, erhöhen sich die Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, entsprechend Absatz 3, jedoch um 0,1 Prozentpunkte vermindert; dies gilt entsprechend für Hinterbliebene einer oder eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfängers. Für Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, sowie für den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967) gilt Satz 1 sinngemäß.

Artikel 3

Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge für das Jahr 2025

(1) Die in den Anlagen 6 bis 11 des Landesbesoldungsgesetzes vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 157 -158-), zuletzt geändert durch die Artikel 2 und 4 dieses Gesetzes, BS 2032-1, ausgewiesenen Beträge werden wie folgt geändert:

1. um 5,5 v. H. werden ab dem 1. Februar 2025 erhöht
 - a) die Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen A, B, W, R und C (kw),
 - b) der Mindestbetrag nach § 37 Abs. 1 Satz 3 des Landesbesoldungsgesetzes,
 - c) der Familienzuschlag, mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5 der Landesbesoldungsordnung A sowie des Betrags nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind und der dazugehörigen mietenstufenabhängigen Aufstockungsbeträge,
 - d) die Amtszulagen, die in den Fußnoten zu Ämtern der Landesbesoldungsordnungen A, B und R ausgebracht sind,
 - e) die Allgemeine Zulage nach Nummer 12 der Vorbemerkungen zu den Landesbesoldungsordnungen A und B sowie nach Nummer 2 der Vorbemerkungen zu der Landesbesoldungsordnung C (kw),
 - f) die Beträge der Grundgehaltsspannen der Anlage 11;
2. um 50 EUR werden ab dem 1. Februar 2025 die Anwärtergrundbeträge erhöht.

(2) Die Erhöhung nach Absatz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für die

1. Grundgehaltssätze
 - a) fortgeltender Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer

lehrer,

- b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
 - c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Landesbesoldungsordnung A,
2. Amtszulagen in Überleitungsvorschriften oder in Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
 3. Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzten Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 4. in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach § 67 Abs. 4 des Landesbesoldungsgesetzes,
 5. Leistungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Landesbesoldungsordnung W, soweit diese Bezüge nach § 38 des Landesbesoldungsgesetzes an regelmäßigen Besoldungsanpassungen teilnehmen.

(3) Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gelten die Erhöhungen nach den Absätzen 1 und 2 für die dort angeführten Besoldungsbestandteile, sofern diese Grundlage der Versorgung sind, und andere versorgungswirksame Bezügebestandteile, soweit für diese die Teilnahme an den regelmäßigen Bezügeanpassungen nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist, entsprechend.

(4) Ist der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten, erhöhen sich die Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, entsprechend Absatz 3, jedoch um 0,1 Prozentpunkte vermindert; dies gilt entsprechend für Hinterbliebene einer oder eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfängers. Für Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, sowie für den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967) gilt Satz 1 sinngemäß.

Artikel 4

Weitere Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Das Landesbesoldungsgesetz vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 157-158-), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2022 (GVBl. S. 483), BS 2032-1, wird wie folgt geändert:

1. In § 30 Abs. 1 Satz 3 werden die Worte „im ersten“ durch die Worte „in einem“ ersetzt.
2. Anlage 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 4 Abs. 1 der Vorbemerkungen zu den Landesbesoldungsordnungen A und B werden folgende Zahlen ersetzt:
 - aa) in Buchstabe a „383,48“ durch „521“,
 - bb) in Buchstabe b „306,78“ durch „417“ und
 - cc) in Buchstabe c „106,52“ durch „145“.
 - b) In Nummer 5 der Vorbemerkungen zu den Landesbesoldungsordnungen A und B werden folgende Zahlen ersetzt:
 - aa) in Buchstabe a „119,84“ durch „163“,
 - bb) in Buchstabe b „159,79“ durch „217“ und
 - cc) in Buchstabe c „199,73“ durch „271“.
 - c) In Nummer 6 Abs. 1 der Vorbemerkungen zu den Landesbesoldungsordnungen A und B werden folgende Zahlen ersetzt:
 - aa) in Buchstabe a „66,35“ durch „90“ und

bb) in Buchstabe b „132,69“ durch „180“.

- d) In Nummer 7 Abs. 1 der Vorbemerkungen zu den Landesbesoldungsordnungen A und B werden folgende Zahlen ersetzt:
 - aa) in Buchstabe a „66,35“ durch „90“ und
 - bb) in Buchstabe b „132,69“ durch „180“.
 - e) In Nummer 8 Abs. 1 der Vorbemerkungen zu den Landesbesoldungsordnungen A und B werden folgende Zahlen ersetzt:
 - aa) in Satz 1 „99,51“ durch „135“ und
 - bb) in Satz 2 „132,69“ durch „180“.
 - f) In Nummer 9 Abs. 1 der Vorbemerkungen zu den Landesbesoldungsordnungen A und B werden folgende Zahlen ersetzt:
 - aa) in Buchstabe a „17,76“ durch „25“ und
 - bb) in Buchstabe b „39,95“ durch „55“.
 - g) In Nummer 13 der Vorbemerkungen zu den Landesbesoldungsordnungen A und B wird die Zahl „39,95“ durch die Zahl „55“ ersetzt.
 - h) In der Besoldungsgruppe B 4 der Landesbesoldungsordnung B wird die Amtsbezeichnung „Generaldirektorin, Generaldirektor des Römisch-Germanischen Zentralmuseums in Mainz“ gestrichen.
 - i) Der Anhang zur Landesbesoldungsordnung B Künftig wegfallende (kw) Ämter und Amtsbezeichnungen wird gestrichen.
3. Die Anlage 7 Nr. 1 erhält die aus Anlage I zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.
 4. Die Anlagen 6 Nr. 1 und 4 und die Anlagen 9 und 10 erhalten die aus Anlage II zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.
 5. Die Anlagen 6 bis 11 erhalten die aus Anlage III zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.
 6. Die Anlagen 6 bis 11 erhalten die aus Anlage IV zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 5

Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes

Das Landesbeamtenversorgungsgesetz vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 157-208-), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. April 2022 (GVBl. S. 120), BS 2032-2, wird wie folgt geändert:

1. Die Anlage erhält die aus Anlage V zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.
2. Die Anlage erhält die aus Anlage VI zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 6

Änderung der Landesmehrarbeitsvergütungsverordnung für das Jahr 2024

Die Landesmehrarbeitsvergütungsverordnung vom 3. Juli 2012 (GVBl. S. 221), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. April 2022 (GVBl. S. 120), BS 2032-1-2, wird wie folgt geändert:

§ 4 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Vergütung beträgt je Stunde bei Beamtinnen und Beamten in den Besoldungsgruppen

A 5 bis A 8	17,11 EUR,
A 9 bis A 12	23,46 EUR,
A 13 bis A 16	32,33 EUR.“

2. In Absatz 3 werden folgende Zahlen ersetzt:
- in Nummer 1 „20,86“ durch „21,85“,
 - in Nummer 2 „25,79“ durch „27,02“,
 - in Nummer 3 „30,67“ durch „32,13“ und
 - in Nummer 4 „35,81“ durch „37,51“.

Artikel 7

Änderung der Landesmehrarbeitsvergütungsverordnung für das Jahr 2025

Die Landesmehrarbeitsvergütungsverordnung vom 3. Juli 2012 (GVBl. S. 221), zuletzt geändert durch Artikel 6 dieses Gesetzes, BS 2032-1-2, wird wie folgt geändert:

§ 4 wird wie folgt geändert:

- Absatz 1 erhält folgende Fassung:
„(1) Die Vergütung beträgt je Stunde bei Beamtinnen und Beamten in den Besoldungsgruppen

A 5 bis A 8	18,05 EUR,
A 9 bis A 12	24,75 EUR,
A 13 bis A 16	34,11 EUR.“

- In Absatz 3 werden folgende Zahlen ersetzt:
 - in Nummer 1 „21,85“ durch „23,05“,
 - in Nummer 2 „27,02“ durch „28,51“,
 - in Nummer 3 „32,13“ durch „33,90“ und
 - in Nummer 4 „37,51“ durch „39,57“.

Artikel 8

Änderung der Landeserschwerntzulagenverordnung für das Jahr 2024

Die Landeserschwerntzulagenverordnung vom 14. Juli 2015 (GVBl. S. 181), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 8. April 2022 (GVBl. S. 120), BS 2032-1-5, wird wie folgt geändert:

In § 4 Abs. 1 werden folgende Zahlen ersetzt:

- in Nummer 1 „3,71“ durch „3,89“,
- in Nummer 2 „1,04“ durch „1,09“ und
- in Nummer 3 „1,91“ durch „2,00“.

Artikel 9

Änderung der Landeserschwerntzulagenverordnung für das Jahr 2025

Die Landeserschwerntzulagenverordnung vom 14. Juli 2015 (GVBl. S. 181), zuletzt geändert durch Artikel 8 dieses Gesetzes, BS 2032-1-5, wird wie folgt geändert:

In § 4 Abs. 1 werden folgende Zahlen ersetzt:

- in Nummer 1 „3,89“ durch „4,10“,
- in Nummer 2 „1,09“ durch „1,15“ und
- in Nummer 3 „2,00“ durch „2,11“.

Artikel 10

Änderung der Lehrkräfte-Stellenzulagenverordnung

Die Lehrkräfte-Stellenzulagenverordnung vom 6. Juli 1979 (GVBl. S. 235), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Geset-

zes vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 157 -248-), BS 2032-10, wird wie folgt geändert:

In der Anlage werden folgende Zahlen ersetzt:

- „26,63“ durch „37,00“,
- „53,26“ durch „74,00“ und
- „79,89“ durch „111,00“.

Artikel 11

Änderung der Lehrzulagenverordnung

Die Lehrzulagenverordnung vom 17. März 1990 (GVBl. S. 61), zuletzt geändert durch Artikel 26 des Gesetzes vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 157 -250-), BS 2032-12, wird wie folgt geändert:

- In § 3 wird die Zahl „66,58“ durch die Zahl „91,00“ ersetzt.
- § 6 wird gestrichen.

Artikel 12

Änderung der Landesverordnung über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare

Die Landesverordnung über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare vom 3. Februar 2000 (GVBl. S. 99), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 8. April 2022 (GVBl. S. 120), BS 315-1-2, wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

- „1. einem Grundbetrag
- | | |
|-----------------------------------|---------------------|
| ab 1. Juli 2024 von monatlich | 1.464,86 EUR, |
| ab 1. November 2024 von monatlich | 1.564,86 EUR, |
| ab 1. Februar 2025 von monatlich | 1.614,86 EUR, und“. |

Artikel 13

Überleitung

(1) Die am 1. Juli 2024 der jeweiligen Stufe 3 der Besoldungsgruppen A 12 bis A 14 zugeordneten Beamtinnen und Beamte werden an diesem Tag der jeweiligen Stufe 4 der Besoldungsgruppen A 12 bis A 14 zugeordnet. Mit dieser Zuordnung beginnt das weitere Aufsteigen in den Stufen; eine Vorverlegung durch berücksichtigungsfähige Zeiten gemäß § 29 Abs. 2 Satz 2 des Landesbesoldungsgesetzes findet dabei nicht statt.

(2) Die am 1. Juli 2024 der Stufe 1 der Besoldungsgruppe R 1 zugeordneten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter werden an diesem Tag der Stufe 2 der Besoldungsgruppe R 1 zugeordnet. Mit dieser Zuordnung beginnt das weitere Aufsteigen in den Stufen; eine Vorverlegung durch berücksichtigungsfähige Zeiten gemäß § 29 Abs. 2 Satz 2 oder gemäß § 35 Satz 2 in Verbindung mit § 29 Abs. 2 Satz 2 des Landesbesoldungsgesetzes findet dabei nicht statt.

Artikel 14

Inkrafttreten

Es treten in Kraft:

- Artikel 1 mit Wirkung vom 9. Dezember 2023,
- Artikel 4 Nr. 3 mit Wirkung vom 1. Januar 2024,
- die Artikel 4 Nr. 2 Buchst. a bis g und Nr. 4 und die Arti-

kel 10 bis 13 am 1. Juli 2024,
4. die Artikel 2, Artikel 4 Nr. 5, Artikel 5 Nr. 1, Artikel 6
und der Artikel 8 am 1. November 2024,

5. die Artikel 3, Artikel 4 Nr. 6, Artikel 5 Nr. 2, Artikel 7
und der Artikel 9 am 1. Februar 2025,
6. das Gesetz im Übrigen am Tage nach der Verkündung.

Mainz, den 30. April 2024
Die Ministerpräsidentin
Malu Dreier

Anlage I

(zu Artikel 4 Nr. 3)

Anlage 7

Gültig ab 1. Januar 2024

1. Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

1	Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1	77,11
2	Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2	
	a) für das erste und zweite zu berücksichtigende Kind je	216,32 *)
	b) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind je	726,00
	*) Ein Betrag von 5,46 EUR ist für jedes Kind, für das der oder dem Berechtigten in dem jeweiligen Monat ein Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 zusteht und gewährt wird, von einer Kürzung nach § 9 Abs. 1 auszunehmen.	
3	Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5	
	Der Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 erhöht sich	
	a) für das erste zu berücksichtigende Kind um	5,32
	b) für das zweite zu berücksichtigende Kind um	15,98
4	Mietenstufenabhängige Aufstockungsbeträge	
	Der Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 erhöht sich für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind	
	a) in der Mietenstufe V um je	19,00
	b) in der Mietenstufe VI um je	43,00
	c) in der Mietenstufe VII um je	68,00
	Maßgeblich für die Zuordnung sind die für die Wohngemeinde der Bezügeempfängerin oder des Bezügeempfängers gemäß § 12 Abs. 1 des Wohngeldgesetzes in Verbindung mit § 1 Abs. 3 der Wohngeldverordnung geltenden Mietenstufen. Als Wohngemeinde gilt der Ort der Hauptwohnung im Sinne von § 21 Abs. 2 und 4 und § 22 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes, was auf Anforderung durch eine amtliche Meldebestätigung nach § 24 Abs. 2 des Bundesmeldegesetzes nachzuweisen ist. Ändert sich die Hauptwohnung, gilt die der bisherigen Wohngemeinde zugeordnete Mietenstufe bis zum letzten Tag des Monats, welcher in der amtlichen Meldebestätigung als Auszugsmonat benannt ist, und die der neuen Wohngemeinde zugeordnete Mietenstufe ab dem ersten Tag des Monats, der dem in der amtlichen Meldebestätigung genannten Einzugsmonat folgt.	
5	Anrechnungsbetrag nach § 41 Abs. 5	
	- in den Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	129,22
	- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12	137,18

Anlage II

(zu Artikel 4 Nr. 4)

Anlage 6
Gültig ab 1. Juli 2024

1. Landesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	2-Jahres- Rhythmus				3-Jahres- Rhythmus				4-Jahres- Rhythmus		5-Jahres- Rhythmus	
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5		2.610,18	2.673,40	2.736,61	2.799,85	2.863,05	2.926,30	2.989,55	3.053,22	3.116,87		
A 6		2.651,63	2.721,06	2.790,50	2.859,88	2.929,32	2.998,77	3.068,19	3.137,59	3.230,96		
A 7		2.711,06	2.797,20	2.883,29	2.969,41	3.055,54	3.141,68	3.203,16	3.264,68	3.326,20		
A 8		2.798,43	2.872,00	2.982,37	3.092,78	3.203,08	3.313,48	3.387,07	3.460,62	3.534,25	3.607,78	
A 9		2.920,76	2.993,18	3.110,96	3.228,73	3.346,53	3.464,34	3.545,29	3.626,30	3.707,30	3.788,26	
A 10		3.087,96	3.187,14	3.335,86	3.484,64	3.633,39	3.782,20	3.881,36	3.980,53	4.080,76	4.182,21	
A 11			3.524,51	3.676,91	3.829,33	3.981,75	4.136,54	4.240,51	4.344,45	4.448,45	4.553,00	4.659,04
A 12				4.029,82	4.138,94	4.324,86	4.510,76	4.636,97	4.763,38	4.889,76	5.016,21	5.142,66
A 13				4.498,06	4.625,90	4.830,65	5.035,42	5.171,92	5.308,46	5.444,94	5.581,51	5.718,01
A 14				4.726,56	4.917,06	5.182,59	5.448,15	5.625,13	5.802,18	5.979,26	6.156,28	6.333,30
A 15						5.693,74	5.985,67	6.219,23	6.452,83	6.686,35	6.919,92	7.153,48
A 16						6.282,80	6.620,45	6.890,56	7.160,73	7.430,84	7.700,97	7.971,04

4. Landesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1		4.803,73	4.836,54	5.114,62	5.392,72	5.670,78	5.948,88	6.226,95	6.505,06	6.783,13	7.061,20	7.339,34
R 2			5.502,23	5.780,29	6.058,38	6.336,46	6.614,54	6.892,66	7.170,73	7.448,76	7.726,89	8.004,94

Besoldungs- gruppe	
R 3	8.803,61
R 4	9.317,67
R 5	9.907,46
R 6	10.464,36
R 7	11.006,15
R 8	11.570,77
R 9	12.271,85

Anlage 9
Gültig ab 1. Juli 2024

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	
A 5 bis A 8	1.361,65
A 9 bis A 11	1.417,85
A 12	1.563,55
A 13	1.596,71
A 13 + Allgemeine Zulage	1.633,13

Anlage 10
Gültig ab 1. Juli 2024

Landesbesoldungsordnung C (kw)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.956,38	4.088,47	4.222,31	4.356,15	4.490,03	4.625,90	4.762,40	4.898,86	5.035,42	5.171,92	5.308,46	5.444,94	5.581,51	5.718,01	
C 2	3.964,56	4.176,26	4.389,61	4.604,50	4.822,06	5.039,65	5.257,19	5.474,73	5.692,32	5.909,86	6.127,42	6.344,98	6.562,53	6.780,11	6.997,67
C 3	4.349,50	4.592,40	4.838,74	5.085,08	5.331,43	5.577,77	5.824,09	6.070,43	6.316,80	6.563,14	6.809,46	7.055,80	7.302,16	7.548,46	7.794,81
C 4	5.505,78	5.753,40	6.001,07	6.248,70	6.496,35	6.743,97	6.991,60	7.239,22	7.486,84	7.734,46	7.982,14	8.229,77	8.477,37	8.725,01	8.972,66

Zulagen

(Monatsbeträge in Euro)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in		Dem Grunde nach geregelt in	
Landesbesoldungsordnung C (kw)		Hochschulleitungs-Stellenzulagenverordnung	
Vorbemerkung Nummer 2	102,90	§ 1 Abs. 1	
Landesbesoldungsordnung C (kw)		Nummer 1 Sp. 2, Nummer 4 Sp. 2	163,00
Besoldungsgruppe Fußnote		Nummer 1 Sp. 3, Nummer 4 Sp. 3	326,00
C 2 (kw) 1	148,00	Nummer 2 Sp. 2, Nummer 5 Sp. 2, Nummer 7 und 8 Alt. 1	91,00
		Nummer 2 Sp. 3, Nummer 5 Sp. 3	217,00
		Nummer 3 Sp. 2, Nummer 6 Sp. 2, Nummer 9 und 10	bis zu 91,00
		Nummer 3 Sp. 3, Nummer 6 Sp. 3	bis zu 181,00
		Nummer 8 Alt. 2	bis zu 253,00

Anlage III
(zu Artikel 4 Nr. 5)

Anlage 6
Gültig ab 1. November 2024

1. Landesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	2-Jahres- Rhythmus				3-Jahres- Rhythmus				4-Jahres- Rhythmus		5-Jahres- Rhythmus	
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5		2.810,18	2.873,40	2.936,61	2.999,85	3.063,05	3.126,30	3.189,55	3.253,22	3.316,87		
A 6		2.851,63	2.921,06	2.990,50	3.059,88	3.129,32	3.198,77	3.268,19	3.337,59	3.430,96		
A 7		2.911,06	2.997,20	3.083,29	3.169,41	3.255,54	3.341,68	3.403,16	3.464,68	3.526,20		
A 8		2.998,43	3.072,00	3.182,37	3.292,78	3.403,08	3.513,48	3.587,07	3.660,62	3.734,25	3.807,78	
A 9		3.120,76	3.193,18	3.310,96	3.428,73	3.546,53	3.664,34	3.745,29	3.826,30	3.907,30	3.988,26	
A 10		3.287,96	3.387,14	3.535,86	3.684,64	3.833,39	3.982,20	4.081,36	4.180,53	4.280,76	4.382,21	
A 11			3.724,51	3.876,91	4.029,33	4.181,75	4.336,54	4.440,51	4.544,45	4.648,45	4.753,00	4.859,04
A 12				4.229,82	4.338,94	4.524,86	4.710,76	4.836,97	4.963,38	5.089,76	5.216,21	5.342,66
A 13				4.698,06	4.825,90	5.030,65	5.235,42	5.371,92	5.508,46	5.644,94	5.781,51	5.918,01
A 14				4.926,56	5.117,06	5.382,59	5.648,15	5.825,13	6.002,18	6.179,26	6.356,28	6.533,30
A 15						5.893,74	6.185,67	6.419,23	6.652,83	6.886,35	7.119,92	7.353,48
A 16						6.482,80	6.820,45	7.090,56	7.360,73	7.630,84	7.900,97	8.171,04

2. Landesbesoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	7.353,48
B 2	8.512,83
B 3	9.003,61
B 4	9.517,67
B 5	10.107,46
B 6	10.664,36
B 7	11.206,15
B 8	11.770,77
B 9	12.471,85
B 10	14.649,00

3. Landesbesoldungsordnung W

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
W 1	5.311,04
W 2	6.423,73
W 3	7.262,27

Leistungsbezüge als Mindestbetrag nach § 37 Abs. 1 Satz 3 (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
W 2	399,79
W 3	399,79

4. Landesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1		5.003,73	5.036,54	5.314,62	5.592,72	5.870,78	6.148,88	6.426,95	6.705,06	6.983,13	7.261,20	7.539,34
R 2			5.702,23	5.980,29	6.258,38	6.536,46	6.814,54	7.092,66	7.370,73	7.648,76	7.926,89	8.204,94

Besoldungs- gruppe	
R 3	9.003,61
R 4	9.517,67
R 5	10.107,46
R 6	10.664,36
R 7	11.206,15
R 8	11.770,77
R 9	12.471,85

Anlage 7

Gültig ab 1. November 2024

1. Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

1	Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1	80,78
2	Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2	
	a) für das erste und zweite zu berücksichtigende Kind je	226,62 *)
	b) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind je	726,00
	*) Ein Betrag von 5,46 EUR ist für jedes Kind, für das der oder dem Berechtigten in dem jeweiligen Monat ein Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 zusteht und gewährt wird, von einer Kürzung nach § 9 Abs. 1 auszunehmen.	
3	Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5	
	Der Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 erhöht sich	
	a) für das erste zu berücksichtigende Kind um	5,32
	b) für das zweite zu berücksichtigende Kind um	15,98
4	Mietenstufenabhängige Aufstockungsbeträge	
	Der Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 erhöht sich für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind	
	a) in der Mietenstufe V um je	19,00
	b) in der Mietenstufe VI um je	43,00
	c) in der Mietenstufe VII um je	68,00
	Maßgeblich für die Zuordnung sind die für die Wohngemeinde der Bezügeempfängerin oder des Bezügeempfängers gemäß § 12 Abs. 1 des Wohngeldgesetzes in Verbindung mit § 1 Abs. 3 der Wohngeldverordnung geltenden Mietenstufen. Als Wohngemeinde gilt der Ort der Hauptwohnung im Sinne von § 21 Abs. 2 und 4 und § 22 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes, was auf Anforderung durch eine amtliche Meldebestätigung nach § 24 Abs. 2 des Bundesmeldegesetzes nachzuweisen ist. Ändert sich die Hauptwohnung, gilt die der bisherigen Wohngemeinde zugeordnete Mietenstufe bis zum letzten Tag des Monats, welcher in der amtlichen Meldebestätigung als Auszugsmonat benannt ist, und die der neuen Wohngemeinde zugeordnete Mietenstufe ab dem ersten Tag des Monats, der dem in der amtlichen Meldebestätigung genannten Einzugsmonat folgt.	
5	Anrechnungsbetrag nach § 41 Abs. 5	
	- in den Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	135,37
	- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12	143,71

2. Sonderzuschlag zum Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe						
	2	3	4	5	6	7	8
A 5	389,00	328,00	267,00	206,00	145,00	84,00	23,00
A 6	370,00	303,00	236,00	169,00	102,00	35,00	
A 7	314,00	231,00	148,00	65,00			
A 8	229,00	158,00	51,00				
A 9	110,00						

Anlage 8
Gültig ab 1. November 2024

Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in			Dem Grunde nach geregelt in		
Landesbesoldungsordnungen A und B			Landesbesoldungsordnung B		
Vorbemerkung Nummer 12			Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 6 (Einstiegsamt) bis A 8	24,77		B 2	4	265,49
A 9 (soweit nicht Einstiegsamt)	96,94		B 8	1	550,86
A 9 (Einstiegsamt) bis A 13	107,80		B 9	1	1.195,73
Landesbesoldungsordnung A			Landesbesoldungsordnung R		
Besoldungsgruppe	Fußnote		Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 5	1, 2	87,87	R 1	1	265,49
A 6	1	87,87	R 2	3, 4, 5, 7, 8	265,49
A 9	1	349,62	R 3	3	265,49
A 11	4, 6	200,16	R 9	1	1.195,73
A 12	3	240,11			
A 13	1, 3	240,11			
A 13	4, 5, 6	350,25			
A 14	1	240,11			
A 14	2	360,14			
A 15	1	240,11			
A 16	8	268,57			
A 12 (kw)	3, 4	200,16			
A 13 (kw)	1	240,11			
A 14 (kw)	1	240,11			

Anlage 9
Gültig ab 1. November 2024

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	
A 5 bis A 8	1.461,65
A 9 bis A 11	1.517,85
A 12	1.663,55
A 13	1.696,71
A 13 + Allgemeine Zulage	1.733,13

Anlage 10

Gültig ab 1. November 2024

Landesbesoldungsordnung C (kw)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4.156,38	4.288,47	4.422,31	4.556,15	4.690,03	4.825,90	4.962,40	5.098,86	5.235,42	5.371,92	5.508,46	5.644,94	5.781,51	5.918,01	
C 2	4.164,56	4.376,26	4.589,61	4.804,50	5.022,06	5.239,65	5.457,19	5.674,73	5.892,32	6.109,86	6.327,42	6.544,98	6.762,53	6.980,11	7.197,67
C 3	4.549,50	4.792,40	5.038,74	5.285,08	5.531,43	5.777,77	6.024,09	6.270,43	6.516,80	6.763,14	7.009,46	7.255,80	7.502,16	7.748,46	7.994,81
C 4	5.705,78	5.953,40	6.201,07	6.448,70	6.696,35	6.943,97	7.191,60	7.439,22	7.686,84	7.934,46	8.182,14	8.429,77	8.677,37	8.925,01	9.172,66

Zulagen

(Monatsbeträge in Euro)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in		Dem Grunde nach geregelt in	
Landesbesoldungsordnung C (kw)		Hochschulleitungs-Stellenzulagenverordnung	
Vorbemerkung Nummer 2	107,80	§ 1 Abs. 1	
Landesbesoldungsordnung C (kw)		Nummer 1 Sp. 2, Nummer 4 Sp. 2	163,00
Besoldungsgruppe Fußnote		Nummer 1 Sp. 3, Nummer 4 Sp. 3	326,00
C 2 (kw) 1	148,00	Nummer 2 Sp. 2, Nummer 5 Sp. 2, Nummer 7 und 8 Alt. 1	91,00
		Nummer 2 Sp. 3, Nummer 5 Sp. 3	217,00
		Nummer 3 Sp. 2, Nummer 6 Sp. 2, Nummer 9 und 10	bis zu 91,00
		Nummer 3 Sp. 3, Nummer 6 Sp. 3	bis zu 181,00
		Nummer 8 Alt. 2	bis zu 253,00

Anlage 11

Gültig ab 1. November 2024

Auslandsbesoldung

(Monatsbeträge in Euro)

Grundgehaltsspanne	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
	bis	2.647,80	2.647,81	2.949,93	3.293,20	3.683,22	4.126,39	4.639,08	5.234,41	5.912,66	6.683,41	7.559,06	8.554,01	9.684,52	10.969,03
		2.949,92	3.293,19	3.683,21	4.126,38	4.639,07	5.234,40	5.912,65	6.683,40	7.559,05	8.554,00	9.684,51	10.969,02	12.428,52	12.428,53

Anlage IV (zu Artikel 4 Nr. 6)

Anlage 6
Gültig ab 1. Februar 2025

1. Landesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	2-Jahres- Rhythmus				3-Jahres- Rhythmus				4-Jahres- Rhythmus		5-Jahres- Rhythmus	
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5		2.964,74	3.031,44	3.098,12	3.164,84	3.231,52	3.298,25	3.364,98	3.432,15	3.499,30		
A 6		3.008,47	3.081,72	3.154,98	3.228,17	3.301,43	3.374,70	3.447,94	3.521,16	3.619,66		
A 7		3.071,17	3.162,05	3.252,87	3.343,73	3.434,59	3.525,47	3.590,33	3.655,24	3.720,14		
A 8		3.163,34	3.240,96	3.357,40	3.473,88	3.590,25	3.706,72	3.784,36	3.861,95	3.939,63	4.017,21	
A 9		3.292,40	3.368,80	3.493,06	3.617,31	3.741,59	3.865,88	3.951,28	4.036,75	4.122,20	4.207,61	
A 10		3.468,80	3.573,43	3.730,33	3.887,30	4.044,23	4.201,22	4.305,83	4.410,46	4.516,20	4.623,23	
A 11			3.929,36	4.090,14	4.250,94	4.411,75	4.575,05	4.684,74	4.794,39	4.904,11	5.014,42	5.126,29
A 12				4.462,46	4.577,58	4.773,73	4.969,85	5.103,00	5.236,37	5.369,70	5.503,10	5.636,51
A 13				4.956,45	5.091,32	5.307,34	5.523,37	5.667,38	5.811,43	5.955,41	6.099,49	6.243,50
A 14				5.197,52	5.398,50	5.678,63	5.958,80	6.145,51	6.332,30	6.519,12	6.705,88	6.892,63
A 15						6.217,90	6.525,88	6.772,29	7.018,74	7.265,10	7.511,52	7.757,92
A 16						6.839,35	7.195,57	7.480,54	7.765,57	8.050,54	8.335,52	8.620,45

2. Landesbesoldungsordnung B

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	7.757,92
B 2	8.981,04
B 3	9.498,81
B 4	10.041,14
B 5	10.663,37
B 6	11.250,90
B 7	11.822,49
B 8	12.418,16
B 9	13.157,80
B 10	15.454,70

3. Landesbesoldungsordnung W

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
W 1	5.603,15
W 2	6.777,04
W 3	7.661,69

Leistungsbezüge als Mindestbetrag nach § 37 Abs. 1 Satz 3 (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
W 2	421,78
W 3	421,78

4. Landesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1		5.278,94	5.313,55	5.606,92	5.900,32	6.193,67	6.487,07	6.780,43	7.073,84	7.367,20	7.660,57	7.954,00
R 2			6.015,85	6.309,21	6.602,59	6.895,97	7.189,34	7.482,76	7.776,12	8.069,44	8.362,87	8.656,21

Besoldungs- gruppe	
R 3	9.498,81
R 4	10.041,14
R 5	10.663,37
R 6	11.250,90
R 7	11.822,49
R 8	12.418,16
R 9	13.157,80

Anlage 7
Gültig ab 1. Februar 2025

1. Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

1	Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1	85,22
2	Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2	
	a) für das erste und zweite zu berücksichtigende Kind je b) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind je	239,08 *) 726,00
*) Ein Betrag von 5,46 EUR ist für jedes Kind, für das der oder dem Berechtigten in dem jeweiligen Monat ein Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 zusteht und gewährt wird, von einer Kürzung nach § 9 Abs. 1 auszunehmen.		
3	Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5 Der Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 erhöht sich	
	a) für das erste zu berücksichtigende Kind um b) für das zweite zu berücksichtigende Kind um	5,32 15,98
4	Mietenstufenabhängige Aufstockungsbeträge Der Zuschlag nach § 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 erhöht sich für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind	
	a) in der Mietenstufe V um je b) in der Mietenstufe VI um je c) in der Mietenstufe VII um je	19,00 43,00 68,00
Maßgeblich für die Zuordnung sind die für die Wohngemeinde der Bezügeempfängerin oder des Bezügeempfängers gemäß § 12 Abs. 1 des Wohngeldgesetzes in Verbindung mit § 1 Abs. 3 der Wohngeldverordnung geltenden Mietenstufen. Als Wohngemeinde gilt der Ort der Hauptwohnung im Sinne von § 21 Abs. 2 und 4 und § 22 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes, was auf Anforderung durch eine amtliche Meldebestätigung nach § 24 Abs. 2 des Bundesmeldegesetzes nachzuweisen ist. Ändert sich die Hauptwohnung, gilt die der bisherigen Wohngemeinde zugeordnete Mietenstufe bis zum letzten Tag des Monats, welcher in der amtlichen Meldebestätigung als Auszugsmonat benannt ist, und die der neuen Wohngemeinde zugeordnete Mietenstufe ab dem ersten Tag des Monats, der dem in der amtlichen Meldebestätigung genannten Einzugsmonat folgt.		
5	Anrechnungsbetrag nach § 41 Abs. 5	
	- in den Besoldungsgruppen A 5 bis A 8 - in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12	142,82 151,61

2. Sonderzuschlag zum Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe						
	2	3	4	5	6	7	8
A 5	389,00	328,00	267,00	206,00	145,00	84,00	23,00
A 6	370,00	303,00	236,00	169,00	102,00	35,00	
A 7	314,00	231,00	148,00	65,00			
A 8	229,00	158,00	51,00				
A 9	110,00						

Anlage 8
Gültig ab 1. Februar 2025

Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in			Dem Grunde nach geregelt in		
Landesbesoldungsordnungen A und B			Landesbesoldungsordnung B		
Vorbemerkung Nummer 12			Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 6 (Einstiegsamt) bis A 8		26,13	B 2	4	280,09
A 9 (soweit nicht Einstiegsamt)		102,27	B 8	1	581,16
A 9 (Einstiegsamt) bis A 13		113,73	B 9	1	1.261,50
Landesbesoldungsordnung A			Landesbesoldungsordnung R		
Besoldungsgruppe	Fußnote		Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 5	1, 2	92,70	R 1	1	280,09
A 6	1	92,70	R 2	3, 4, 5, 7, 8	280,09
A 9	1	368,85	R 3	3	280,09
A 11	4, 6	211,17	R 9	1	1.261,50
A 12	3	253,32			
A 13	1, 3	253,32			
A 13	4, 5, 6	369,51			
A 14	1	253,32			
A 14	2	379,95			
A 15	1	253,32			
A 16	8	283,34			
A 12 (kw)	3, 4	211,17			
A 13 (kw)	1	253,32			
A 14 (kw)	1	253,32			

Anlage 9
Gültig ab 1. Februar 2025

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	
A 5 bis A 8	1.511,65
A 9 bis A 11	1.567,85
A 12	1.713,55
A 13	1.746,71
A 13 + Allgemeine Zulage	1.783,13

Anlage 10
Gültig ab 1. Februar 2025

Landesbesoldungsordnung C (kw)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4.384,98	4.524,34	4.665,54	4.806,74	4.947,98	5.091,32	5.235,33	5.379,30	5.523,37	5.667,38	5.811,43	5.955,41	6.099,49	6.243,50	7.593,54
C 2	4.393,61	4.616,95	4.842,04	5.068,75	5.298,27	5.527,83	5.757,34	5.986,84	6.216,40	6.445,90	6.675,43	6.904,95	7.134,47	7.364,02	8.434,52
C 3	4.799,72	5.055,98	5.315,87	5.575,76	5.835,66	6.095,55	6.355,41	6.615,30	6.875,22	7.135,11	7.394,98	7.654,87	7.914,78	8.174,63	9.677,16
C 4	6.019,60	6.280,84	6.542,13	6.803,38	7.064,65	7.325,89	7.587,14	7.848,38	8.109,62	8.370,86	8.632,16	8.893,41	9.154,63	9.415,89	

Zulagen

(Monatsbeträge in Euro)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in		Dem Grunde nach geregelt in	
Landesbesoldungsordnung C (kw)		Hochschulleitungs-Stellenzulagenverordnung	
Vorbemerkung Nummer 2	113,73	§ 1 Abs. 1	
Landesbesoldungsordnung C (kw)		Nummer 1 Sp. 2, Nummer 4 Sp. 2	163,00
Besoldungsgruppe Fußnote		Nummer 1 Sp. 3, Nummer 4 Sp. 3	326,00
C 2 (kw) 1	148,00	Nummer 2 Sp. 2, Nummer 5 Sp. 2, Nummer 7 und 8 Alt. 1	91,00
		Nummer 2 Sp. 3, Nummer 5 Sp. 3	217,00
		Nummer 3 Sp. 2, Nummer 6 Sp. 2, Nummer 9 und 10	bis zu 91,00
		Nummer 3 Sp. 3, Nummer 6 Sp. 3	bis zu 181,00
		Nummer 8 Alt. 2	bis zu 253,00

Anlage 11
Gültig ab 1. Februar 2025

Auslandsbesoldung
(Monatsbeträge in Euro)

Grundgehaltsspanne	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
	bis	bis	2.793,44	3.112,18	3.474,33	3.885,80	4.353,34	4.894,23	5.522,30	6.237,86	7.051,00	7.974,81	9.024,48	10.217,17	11.572,33
2.793,43	3.112,17	3.474,32	3.885,79	4.353,33	4.894,22	5.522,29	6.237,85	7.050,99	7.974,80	9.024,47	10.217,16	11.572,32	13.112,09	13.112,10	

Anlage V

(zu Artikel 5 Nr. 1)

Anlage

(zu den §§ 66 bis 69)

Gültig ab 1. November 2024

Zuschläge nach den §§ 66 bis 69

- (1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 66 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 3,12 Euro.
- (2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 66 Abs. 6 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt waren,
 1. im Falle von § 66 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a 1,06 Euro,
 2. im Falle von § 66 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b 0,75 Euro.
- (3) Der Kinderzuschlag nach § 67 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit, in dem die Voraussetzungen des § 67 Abs. 1 erfüllt waren,
 1. für die ersten 36 Monate 2,10 Euro,
 2. für jeden weiteren Monat 1,06 Euro.
- (4) Der Pflegezuschlag nach § 68 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der nicht erwerbsmäßigen Pflege 2,48 Euro.
- (5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 68 Abs. 3 beträgt für jeden Monat der nicht erwerbsmäßigen Pflege 1,06 Euro.

Anlage VI

(zu Artikel 5 Nr. 2)

Anlage

(zu den §§ 66 bis 69)

Gültig ab 1. Februar 2025

Zuschläge nach den §§ 66 bis 69

- (1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 66 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 3,29 Euro.
- (2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 66 Abs. 6 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt waren,
1. im Falle von § 66 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a 1,12 Euro,
 2. im Falle von § 66 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b 0,79 Euro.
- (3) Der Kinderzuschlag nach § 67 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit, in dem die Voraussetzungen des § 67 Abs. 1 erfüllt waren,
1. für die ersten 36 Monate 2,22 Euro,
 2. für jeden weiteren Monat 1,12 Euro.
- (4) Der Pflegezuschlag nach § 68 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der nicht erwerbsmäßigen Pflege 2,62 Euro.
- (5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 68 Abs. 3 beträgt für jeden Monat der nicht erwerbsmäßigen Pflege 1,12 Euro.

Herausgeber und Verleger: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Druck: JVA Diez Druckerei, Limburger Str. 122, 65582 Diez

Bezugsbedingungen: Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Bezugspreis im Abonnement jährlich 32,00 EUR. Abbestellungen für das nächste Kalenderjahr müssen bis spätestens 1. November der Staatskanzlei vorliegen. Auslieferung von Einzelstücken durch das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56068 Koblenz; Preis je Doppelseite 0,15 EUR zuzügl. Versandkosten. Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Herausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes hoheitliche Tätigkeit ist.

Postanschrift: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Tel. 06131 16-4767